

I. Einleitung

„Auf der Rampe in Auschwitz herrschte in uns nur Angst und Verwirrung. Bevor wir das alles richtig begreifen konnten, fuhren Lastwagen vor, auf die wir unter lautem Geschrei der SS getrieben wurden. Alles ging so furchtbar schnell in dieser Nacht vom 3. auf den 4. März 1943.

Mit ungefähr fünfzig anderen Männern quetschten wir uns auf eine der offenen Ladeflächen. Die Lastwagen rasten los. Das Tempo schleuderte uns schon in der ersten Kurve so zur Seite, daß der LKW aus dem Gleichgewicht zu kommen drohte. Der Fahrer stoppte, und im nächsten Moment sausten die schweren Gewehrkolben der SS-Bewacher auf uns nieder, um uns auf unsere Plätze zurück zu jagen. Nach kurzer Fahrt erreichten wir ein Lager, dessen Namen wir erst später erfahren sollten: Auschwitz III – Monowitz.“ (S. 49f.)

„Wir erlebten unseren ersten Morgenappell. SS-Blockführer, die jeweils für drei Blocks zuständig waren, zählten uns, nahmen die Meldelisten der Blockältesten in Empfang und unterschreiben diese, bevor sie sie am Tor an die höheren SS-Ränge weitergaben. Während der ganzen Prozedur durften wir nicht sprechen und versuchten so regungslos wie möglich dazustehen, denn sobald ein Häftling auch nur ein wenig schwankte, wurde er von den SS- Männern brutal verprügelt. Nachdem die Anzahl der Häftlinge überprüft worden war, erscholl das Kommando vom Tor: ‚Lagerstärke stimmt! Arbeitskommandos formieren! Arbeitskommandos ausrücken!‘

An diesem Tag brachte Emil Meier [der Blockälteste; c.k.] uns wieder in den Block zurück, wo er uns erklärte, daß SS-Leute mit Angestellten des benachbarten Buna-Werks vorbeikommen würden, um geeignete Arbeitskräfte auszusuchen. Wenn wir einen handwerklichen Beruf gelernt hätten, sollten wir ihn unbedingt angeben. Einige Zeit später mußten wir langsam, von ihren kritischen Blicken abgetastet, an den Mitgliedern dieser Kommission vorbeigehen. Sie wählten uns wie auf dem Sklavenmarkt aus. Ernst und ich gaben wieder an, Schlosser zu sein. Sobald unsere Berufe notiert worden waren, verließen die Männer den Block wieder.“ (S. 54)

Hans Frankenthal, der in seinem Buch „Verweigerte Rückkehr“ über seine Ankunft im firmeneigenen KZ der I.G. Farben berichtet hat, wurde 1943 zusammen mit seiner Familie nach Auschwitz deportiert. Zwei Jahre mußte er mit seinem Bruder Ernst beim Aufbau des Buna- Werkes in Monowitz Zwangsarbeit leisten, seine Angehörigen wurden in Birkenau ermordet. Hans und Ernst überlebten durch die Solidarität der Häftlinge untereinander. Im Januar 1945 wurden beide unter entsetzlichen Bedingungen in das KZ Mittelbau-Dora verschleppt, wo sie in den unterirdischen Rüstungsbetrieben erneut zur Arbeit gezwungen wurden. In Theresienstadt erlebten beide im 1945 schließlich die Befreiung durch die Rote Armee und kehrten daraufhin in ihren Heimatort Schmalleben im Sauerland zurück.

Seit den 1980er Jahren widmete sich Hans Frankenthal mit aller Kraft dem Kampf gegen die I.G. Farbenindustrie AG in Abwicklung. Er trat in den Hauptversammlungen auf und forderte dort die sofortige Auflösung und die Entschädigung aller Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie der Bewohner des Dorfes Monowitz, die wegen der Errichtung des Buna- Werkes und des Lagers enteignet und vertrieben wurden. In unzähligen Veranstaltungen, Gesprächen und Interviews wies er auf die maßgebliche Beteiligung des Konzerns an der Vernichtung

und Ausbeutung von Millionen von Menschen hin. Ein weiteres wichtiges Anliegen war ihm die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehem. KZs Monowitz. Unermüdlich setzte er sich in den Hauptversammlungen den Beleidigungen und Beschimpfungen der Aktionäre, unter ihnen viele alte Nazis, aus. Im Dezember 1999 ist Hans Frankenthal gestorben. Er hat weder die Auflösung der I.G. Farben i.A. erlebt noch Zahlungen aus der von Regierung und Wirtschaft errichteten Stiftung erhalten. Statt dessen mußte er eine Auseinandersetzung erfahren, in der von dem Verbrechen der „Vernichtung durch Arbeit“ keine Rede mehr war, sondern vielmehr der Schutz der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staats vor allen Forderungen ehemaliger NS- Verfolgter durchgesetzt wurde. Er mußte erfahren, daß der erste Kriegseinsatz Deutschlands nach 1945 mit dem Verweis auf Auschwitz legitimiert wurde. Und er mußte erfahren, daß sich wieder in zunehmenden Maße antisemitische Angriffe gegen die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden richtete.

Hans Frankenthal wird uns in unserem Kampf gegen die I.G. Farben i.A. und gegen die Versöhnung mit Nazi-Verbrechern sehr fehlen. Die Aufgaben, die er sich gestellt hat, sind nach wie vor gültig. Dies ist für uns die zentrale Aussage der diesjährigen Proteste gegen I.G. Farben i.A. und auch dieser Veranstaltung.

Am 23. August 2000 findet in Frankfurt/Main die Hautversammlung der „IG Farbenindustrie AG in Abwicklung“ statt, der Nachfolgegesellschaft also jenes Konzerns, der exemplarisch steht „für die enge Komplizenschaft zwischen deutschen Unternehmen und dem nationalsozialistischen deutschen Staat und für den Profit, den deutsche Unternehmen aus der grenzenlosen Ausbeutung von Zwangsarbeiter/innen gezogen haben“. „Zugleich ist ‚IG Farben‘“, so heißt es im Aufruf zur Protestaktion, „Symbol für den Frieden, den die junge Bundesrepublik mit den Nazi- Verbrechern gemacht hat, sowie für den Krieg, der gegen die wenigen Überlebenden eben deshalb fortgesetzt wurde, sobald sie Ansprüche stellten und Zahlungen forderten“.

Im folgenden möchten wir kurz die Rolle und Bedeutung der I.G. Farben vor und nach 1945 eingehen. Dann möchten wir die Geschichte der Proteste gegen I.G. Farben seit Mitte der 1980er Jahre darstellen. Im letzten Teil geht es uns schließlich um die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen der letzten Jahre, insbesondere seit dem Beginn der Entschädigungsverhandlungen und den Kosovo-Krieg 1999.

II. I.G. Farben bis 1945

„Der nächste Morgen begann auf die gleiche Weise: Kaffee holen, Latrine, Waschraum, Kaffeeempfang, Appellplatz. An diesem Tag wurden Ernst und ich dem Arbeitskommando 12 zugewiesen, bei dem wir uns nach dem Appell meldeten. Kurz bevor das Kommando die höheren Ränge der SS beim Lagertor passierten, erscholl der Befehl ‚Mützen ab!‘. Wir rissen sie so schnell wie möglich vom Kopf, standen stramm, die Arme an die Hosennähte gepreßt, während der Kommandoführer die Hacken zusammenschlug und Meldung machte: ‚Kommando 12 mit 120 Häftlingen beim Ausmarschieren.‘

Nachdem ein weiteres Mal gezählt worden war, marschierten wir, von SS-Posten begleitet und zum Singen gezwungen, aus dem Lager. Hundert Meter hinter dem Tor passierten wir eine Postenkette aus SS-Männern mit Karabinern oder Maschinengewehren, die im Abstand von fünfzig Metern um das Ganze Lager herum

Wache standen. Wenig später betraten wir ein riesiges, unübersichtliches Werksgelände – das sich im Aufbau befindende Buna- Werk der I.G. Farben. Bei der Baustelle eines Kraftwerkes übergab uns die SS einem Meister – keinem Häftling, sondern einem der vielen Zivilarbeiter, die im Werk beschäftigt waren." (S. 55f.)

In der I.G. Farbenindustrie AG hatten sich 1925 acht Chemieunternehmen, u.a. Bayer, BASF und Hoechst, zusammengeschlossen, die bereits seit 1916 in einer Interessengemeinschaft verbunden waren. Im Ersten Weltkrieg ermöglichten die Chemiefirmen durch die forcierte Herstellung synthetischer Rohstoffe dem Deutschen Reich die Kriegführung über vier Jahre, die aufgrund der Engpässe in der Versorgung mit kriegswichtigen Rohstoffen in Gefahr geraten war. Mit dem Zusammenschluß entstand in den 1920er Jahren der weltgrößte Chemiekonzern. „Die besondere Stärke der I.G. Farben AG beruhte damals zum einen im Exportbereich auf ihrem durch internationale Kartelle abgesicherten Monopol im Farbstoff- und Chemikalienbereich, zum anderen im Forschungssektor. Aus der in ihren Laboren betriebenen chemischen Großforschung gingen alle bedeutenden Neuentwicklungen, insbesondere die neuen Hydrierverfahren, hervor und der kaufmännische Flügel der I.G. Farben setzte dies durch eine aggressive Patentstrategie zur Ausdehnung ihres Einflusses im Weltmaßstab um.“ (U. Krause-Schmitt, S. 9) Doch im Zuge der Weltwirtschaftskrise geriet diese „Erfolgsgeschichte“ zunächst ins Wanken. In Kartellverhandlungen mit dem damals größten Mineralölproduzenten, Standard Oil, über die Nutzung der Hydrierung setzte I.G. Farben auf die in Deutschland reichlich vorkommende Kohle, während Standard Oil den Erdölsektor übernahm. Doch die Erschließung neuer Erdölquellen in den USA machte I.G. Farben zunächst einen Strich durch die Planung, die mit dem baldigen Ende der Erdölgewinnung gerechnet und daher auf die Gewinnung von Benzin und Kautschuk aus Kohle gesetzt hatte. In dieser Situation, als der Konzern riesige Summen in die Entwicklung von Produktionsverfahren von Gütern investiert hatte, deren Preis auf dem Weltmarkt beständig sank, entschied sich das Management für Hitler und den Nationalsozialismus.

Im Sommer 1932 wurde der sog. Benzinpakt geschlossen, der beiden Seiten die Lösung erheblicher Probleme bei der Umsetzung ihrer Ziele brachte. Hitlers Pläne, die Kriegsfähigkeit Deutschlands, erforderten einerseits wie bereits im Ersten Weltkrieg die Ersetzung ausländischer Rohstoffe durch synthetische Produkte, also die Anwendung genau jener Verfahren, für die I.G. Farben Millionen bislang vergeblich investiert hatte. Die für I.G. Farben rentable Nutzung der Kohle-Hydrierung verlangte andererseits einen Abnehmer, der bereit war, wesentliche höhere Preise als auf dem Weltmarkt zu zahlen. Ein entsprechender Vertrag wurde im Dezember 1933 zwischen dem deutschen Reich und I.G. Farben geschlossen. „Danach sollte die IG ihre Anlagen in Leuna so ausbauen, daß bis Ende 1937 eine Kapazität von 300.000 bis 3500.00 Tonnen Öl jährlich erreicht würde. Als Gegenleistung versprach das Reich einen Garantiepriest, der den Produktionskosten entsprach und dazu eine fünfprozentige Rendite garantierte.“ (von Anilin ..., S. 56) Wenig später wurde auch die Produktion von Buna, also künstlichem Kautschuk, in enger Abstimmung zwischen I.G. und NS-Führung vorangetrieben. I.G. Farben übernahm eine zentrale Rolle bei der strategischen Planung und wirtschaftlichen Vorbereitung des Krieges und legte mit diversen Denkschriften und den Jahresplänen die Grundlage für den Zweiten Weltkrieg. Mit Kriegsbeginn widmeten sich die I.G. Farben- Manager der Neuordnung Europas gemäß den nationalsozialistischen Vorstellungen. Zahlreiche

Produktionslagen wurden zugunsten der I.G. Farben übernommen und die Wirtschaft der von den Deutschen besetzten Gebiete nach deren Interessen umstrukturiert. Heinrich Bütefisch, Vorstandsmitglied des Konzerns, faßte die Bedeutung seines Unternehmens auf der Anklagebank in Nürnberg 1947 so zusammen: „Ohne die I.G. Farben, insbesondere ohne die I.G.-Produktion auf den Gebieten des synthetischen Gummis, des synthetischen Treibstoffs und des Magnesiums, wäre es für Deutschland ausgeschlossen gewesen, einen Krieg zu führen“. (Von Anilin ..., S. 49)

„Außer dem I.G. Farben- Konzern betätigten sich noch andere Firmen auf dem Werksgelände, auch viele aus dem Ruhrpott. Das ganze Gelände umzäunten, ebenso wie das Lager, Postentürme und Stacheldraht, der allerdings nicht elektrisch geladen war, weil neben uns Häftlingen auch Tausende Zivilarbeiter im Werk angestellt waren.

Bei der Arbeit hatten wir wenig Kontakt zu anderen: Oben auf dem Gerüst begegneten wir tagsüber nur den Häftlingen, die sich ebenfalls dort aufhielten, vor allem polnischen Juden.“ (S. 56)

Nach Kriegsbeginn 1939 begann I.G. Farben mit den Planungen für eine neues großes Chemiewerk in Oberschlesien. Bis zum Frühjahr 1941 entschied man sich für den Standort Auschwitz, für den die naheliegenden Kohlevorkommen und die günstige Infrastruktur sprachen. „Ein weiterer Standortfaktor war für I.G. Farben von ausschlaggebender Bedeutung: Die schon vor Baubeginn feststehende Zusage der SS, Tausende KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte aus dem nahe gelegenen Konzentrationslager Auschwitz bereitzustellen. Bei Baubeginn im April 1941 mußten die ersten Häftlings-Arbeitskommandos unter SS-Bewachung vom Stammlager Auschwitz bis zur Baustelle täglich einen sieben Kilometer langen Hin- und Rückmarsch zurücklegen. Um eine größere Anzahl Häftlinge einsetzen und deren Leistung durch Wegfall der Anmarschwege effizienter ausbeuten zu können, errichtete I.G. Farben auf eigene Kosten ein firmeneigenes Konzentrationslager auf ihrem Werksgelände. Hierfür wurde die Bevölkerung des Dorfes Monowitz zwangsweise ausgesiedelt. Ende Oktober 1942 wurden die ersten Häftlinge in das KZ Monowitz verlegt. Bis Sommer 1944 stieg ihre Zahl auf über 10.000 an.“ (Glossar, S. 156)

„Der wichtigste Vorteil unseres Arbeitsplatzes war dessen Unzugänglichkeit – bei der Hochmontage kamen wir kaum mit der SS in Berührung. In anderen Kommandos litten die Häftlinge unter den willkürlichen Quälereien von SS-Männern und Kapos – es kam des öfteren vor, daß die völlig erschöpften Häftlinge tot unter deren Schlägen zusammenbrachen.

Nach wenigen Wochen konnten wir die Frage, die wir den älteren Häftlingen im Lager anfangs immer gestellt hatten – wie lange man es hier aushalten könne -, selbst beantworten: Wenn man nicht irgendwie einen Druckposten bekam, überlebte man keine acht Wochen. Bestimmte Kommandos mußte man unbedingt meiden, wie zum Beispiel das Transportkommando, in dem die Häftlinge gezwungen wurden, Stahlträger, die 100 Meter entfernt von einem Waggon gekippt wurden, auf den Schultern wegzutragen, wobei die Vorarbeiter sie meist zum Laufschrift trieben. Die Erdkommandos waren am schlimmsten. Gräben mußten ohne geeignetes Handwerkszeug ausgehoben werden, und das Kabelkommando zog ein etwa dreißig Zentimeter dickes, in Bitumen getränktes Kabel, in dessen Innerem sich an die

hundertfünfzig Drähte befanden, von den zwei Kilometer weit entfernten Kabeltrommeln durch die Gräben. Die Menschen kamen mit der schweren Last auf den Schultern einfach nicht vorwärts, Schläge prasselten auf sie nieder - und aus lauter Not zogen sie das Kabel mit letzter Kraft millimeterweise weiter. In diesem Kommando starben täglich Häftlinge." (S. 57)

„Schätzungsweise 30.000 Häftlinge wurden allein in Monowitz ermordet. Viele starben bei Arbeitsunfällen, die durch fehlende Arbeitsschutz- Maßnahmen verursacht wurde. Häufigste Todesursache war jedoch die körperliche Auszehrung infolge der Ausbeutung der Arbeitskraft bis zur völligen Erschöpfung, der permanenten Unterernährung sowie der unbehandelten Krankheiten. Bei sinkender Leistung, Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer längeren Krankheit oder Invalidität ließen I.G. Farben- Angestellte Häftlinge bei den regelmäßigen Selektionen durch die SS nach Birkenau zur Vernichtung abschieben.“ (Glossar, S. 157)

„Wer bei der Arbeit zusammenbrach oder versuchte, sich zu schonen, wurde von den SS-Bewachern, Vorarbeitern und Kapos angetrieben, geschlagen oder getreten. Manche waren richtige Sadisten, die die Häftlinge einfach zu ihrem Spaß quälten. Die Zivilarbeiter waren nicht nur Zeugen dieser Brutalitäten – oder manchmal sogar selbst daran beteiligt -, sie wußten auch von den Vergasungen in Birkenau. Wenn in Gesprächen mit Zivilisten die Frage gestellt wurde, ob wir Hoffnung hätten, aus dem Lager wieder herauszukommen, erwiderten wir: ‚Es ist noch keiner in Auschwitz dringeblichen‘, und zitierten das Schlagwort der SS: ‚Es kommt jeder hier raus, und wenn es durch den Schornstein ist.‘ Das wußte jeder in Monowitz, die Zivilarbeiter, schien uns, nahmen das einfach hin. Es brauchte einige Zeit, bis man die Möglichkeiten kennengelernt hatte, sich zu drücken. Neben diesem Wissen brauchte man aber auch eine gute Portion Glück, und es gelang nur wenigen, sich der Vernichtung durch Arbeit zu entziehen – das Buna- Werk der I.G. Farben wuchs, die Sklavenarbeit zeigte Ergebnisse.“ (S. 58)

An der Vernichtung der Häftlinge, die nicht mehr in der Lage waren zu arbeiten, und der Menschen, die sofort nach ihrer Ankunft in Auschwitz „selektiert“ worden sind, war I. G. Farben über die Firma Degesch beteiligt: in Dessau stellte diese „Deutsche Gesellschaft für Schädlingbekämpfung“, die der Degussa und I.G. Farben jeweils zur Hälfte gehörte, das Giftgas Zyklon B her.

„Alle vier Wochen gab es einen freien Sonntag für uns, an dem – wie es auf die feine Art hieß – ‚Entlausung‘ im Lager stattfand. Entlausung bedeutete aber Selektion: Nachdem die Appell-Glocke die Blocksperrre eingeläutet hatte, mußten wir nackt an einem Tisch vorbeigehen, an dem SS-Männer saßen, unsere Karteikarten vor sich. Wenn Du wie ein Muselman aussahst, wurde deine Karteikarte nach links geschoben. Die so ‚ausgesonderten‘ Häftlinge schickte der Blockälteste am nächsten Morgen nach dem Appell zurück in den Block, wo sie tagsüber ein LKW abholte und nach Birkenau transportierte. Es war ein offenes Geheimnis: Wessen Karteikarte nach links wanderte, wurde vergast.“ (S. 78)

Hans Frankenthal verdankte sein Überleben dieser Selektionen der Solidarität anderer Häftlinge. Über sie kam er auch in Kontakt mit dem Widerstand in Auschwitz.

„Sabotieren, wo ihr nur sabotieren könnt! Jedes Teilchen, das wir ihnen kaputtmachen können, verkürzt den Krieg und bringt uns unserer Befreiung näher.' Darauf legten die Kommunisten besonderen Wert, und das versuchten wir so gut wir konnten auch im Buna-Werk zu verwirklichen. Wenn sich Vertreter des I.G. Farben-Konzerns zu einer Werksbesichtigung angemeldet hatten, gab es vorher immer Aufregung bei der SS, die dafür verantwortlich war, daß richtig gearbeitet wurde und die Ein- und Ausmärsche klappten. Sobald die SS von solchen Plänen wußte, erfuhren es auch die politischen Funktionshäftlinge über ihre Quellen. [...] An dem Tag, als die Besichtigung stattfand, konnten wir oben auf den Trägern des Stahlgerüsts unauffällig beobachten, was unten vorging. Die hohen Herren erschienen wie angekündigt beim Kraftwerk, und große Reden wurde geschwungen, bevor einer der Techniker zu dem großen Schaltkasten ging, an dem ein Hebel nach unten gerissen wurde, um die Turbine zu starten. Statt zu demonstrieren, wieviel Kilowatt-Stunden sie auf vollen Touren liefern konnten, gab es einen lauten Knall. Wir konnten eine große Stichflamme und Qualm sehen, der Geruch von verbrannten Kabeln stieg in unsere Nasen – Fred Salomon hatte für Kabelsalat gesorgt. Unten war der Teufel los: SS-Männer schrien herum, man wollte wissen, wer in der Nähe des Schaltkasten gearbeitet hatte und suchte willkürlich Häftlinge aus, denen befohlen wurde, sich abends in der Blockführerstube zu melden. Wegen dieses Sabotageakts wurden Häftlinge gehenkt, aber es ist nie herausgekommen, wer wirklich verantwortlich war.“ (S. 74f)

Entwicklungen ab 1997

Seit 1997 haben sich die Proteste gegen IG Farben verbreitert, antifaschistische Gruppen mit vorwiegend jüngeren Leuten haben sich angeschlossen. Durch die öffentlichen Diskussionen über das Thema Zwangsarbeit infolge der Sammelklagen von Überlebenden vor US-amerikanischen Gerichten geriet IG Farben zunächst in die Defensive. Als die schweizerischen Banken ihre Kompromißbereitschaft bekundet hatten, war in Deutschland klar, dass die Auseinandersetzung mit den Überlebenden des Holocaust unter den gegebenen Umständen nicht mehr ohne bedeutende finanzielle Zahlungen niederzulegen sei.

Als Folge dieser Entwicklung mußte 1998 die Hauptversammlung von I.G. Farben mehrfach verschoben werden und konnte schließlich nicht mehr stattfinden: Aufgrund von Protesten fand sich in Frankfurt niemand mehr, der den IG Farben Räume zur Verfügung stellte. Zunächst mußten die Liquidatoren den drohenden Konkurs der Abwicklungsgesellschaft abwenden. Außerdem wartete man mit der Durchführung der Aktionärsversammlung so lange, bis die Entschädigung der Überlebenden der NS-Zwangsarbeit im Sinne der deutschen Unternehmen von Regierung und Wirtschaft in Angriff genommen wurde.

Die Hauptversammlung März 1999

Kosovo-Krieg

Die HV des Jahres 1998 fand schließlich im März 1999 statt, eine Tag nach Beginn des Krieges gegen Jugoslawien. In den Monaten nach dem Regierungswechsel hatte sich die Ausgangsposition der Arbeit des Bündnisses vollkommen verändert: Während Deutschland mit der Begründung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, wieder Krieg führte, ging der Kleinkrieg gegen die Überlebenden der Nazi-Verbrechen unvermindert weiter. Während wieder deutsche Bomben auf Belgrad fielen, sollte ausgerechnet am 1. September 1999, dem 60. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen, der Fonds der deutschen Unternehmen gegründet werden.

Nun ging es nicht mehr darum, für die Forderungen der Überlebenden überhaupt eine Öffentlichkeit zu schaffen, sondern darum, die Erpressung der Überlebenden mit ihrem hohen Alter und ihrer oft elenden sozialen Lage zu verhindern; es ging nicht mehr nur darum, die Wahrheit der Nazi-Verbrechen öffentlich zu machen, sondern darum, die Instrumentalisierung dieser Verbrechen für deutsche Großmachtambitionen zu kritisieren. Die Ausgangsbedingungen einer dem Antifaschismus verpflichteten Kritik der deutschen »Normalisierung« hatten sich grundlegend verändert.

Über diese Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit haben wir im Juli 1999 auf der Konferenz Deutschland: wiedergutmacht. Gegen die militärische Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit in Berlin diskutiert. Ausgangspunkt der Konferenz war der solidarische Bezug auf den Offenen Brief der Überlebenden an die Minister Fischer und Scharping. Darin stellen sie fest:

„Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten in Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.

Weiter heißt es dort:

Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam. Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie „Nie wieder Auschwitz“ zu beziehen, zumal damit zugleich das Recht auf Krieg begründet.“

Die Kritik an diesem Krieg blieb in ihrer deutlichsten und wirksamsten Form einigen wenigen überlassen, die auf Unterstützung oder gar Solidarität seitens der deutschen Linken noch nie vertrauen konnten: Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik. Die neue deutsche Friedensbewegung nahm diesen historisch begründeten Blick auf die deutsche Rolle nicht zum Anlaß politische Analysen oder Handlungsformen zu überdenken.

Die zwischen Ignoranz und Affirmation schwankende Reaktion auf die Formierung einer aggressiven deutschen Außenpolitik durch Rotgrün, das kritiklose Hinnehmen der Umdeutung antifaschistischer Begriffe und die fehlende Unterstützung ehemaliger NS-Verfolgter in ihrem Kampf um Entschädigung schlug sich auch in der weitgehenden Nichtbeachtung des eingangs zitierten Briefes der Überlebenden durch die deutsche Linke nieder. Diese Situation wurde auf der Konferenz deutlich und verhinderte, daß diese Diskussionen innerhalb und außerhalb des bundesweiten

Bündnisses gegen I.G.-Farben weitergeführt werden konnten. Es gelang nur in Ansätzen, die deutsche Rolle im Krieg mit ihrem zentralen Anliegen der Wiedergutwerdung mittels der Legitimation des Krieges durch Auschwitz in den Mittelpunkt der Anti-Kriegsbewegung zu rücken.

Für uns als bundesweites Bündnis gegen die IG Farben war dieser Brief eine Aufforderung, die öffentliche Auseinandersetzung über diese neue Art der Auschwitzlüge zu führen. Die Zusammenarbeit und Solidarität mit den Überlebenden ist der gemeinsame Ausgangspunkt der Arbeit des Bündnisses. Solidarität bedeutet für uns, sich mit dem Standpunkt der Überlebenden auseinanderzusetzen und eine eigene Haltung zu dieser Gesellschaft zu entwickeln. Zu einer Gesellschaft, die vor 1945 die deutschen Verbrechen vorbereitet, getragen und ausgeführt hat und die nach 1945 als Bundesrepublik zu diesen Verbrechen. In der Zwischenzeit schweigt man im nun wiedervereinigten Deutschland nicht mehr, sondern mißbraucht die Ermordeten von Auschwitz, um einen Krieg zu legitimieren, wie es in dem Brief der Überlebenden benannt wird.

Dabei setzt sich ihr Brief nur mit dem rein funktionalem Gehalt der Relativierung von Auschwitz auseinander. Das Stichwort der Argumentationsnot, auf die die Überlebenden den Auschwitzvergleich von Fischer und Scharping zurückführten, trifft nur den bewußten Anteil, die Seite der Intrige, der geplanten Aktion, der bewußt eingesetzten Propaganda. Diese Argumentationsnot der Fischers und Scharpings hat aber einen sehr speziellen Charakter, wie er der Kriegführung der Erben des Dritten Reichs zukommt. Wenn Fischer und Scharping und die deutschen Journalisten von der taz bis zur FAZ ununterbrochen davon gesprochen haben, daß die serbische Sonderpolizei die SS und Milosevic Hitler sei und im Kosovo der Holocaust stattfindet, so war dies nur zum Teil eine bewußte Argumentationsstrategie - also reine Propagandamaßnahme und psychologische Kriegführung. Wenn die deutsche Bild-Zeitung oder die österreichische Kronen Zeitung von Hitler, Auschwitz, der SS und dem Holocaust sprechen, ist es etwas anderes, als wenn Clinton, Blair und Le Monde dies tun: Die Kriegsbefürworter in der deutschen Politik und die sich ebenfalls als kriegsfähig erwiesene deutsche Presse verwies - nicht nur psychologisch kriegführend - auf Ressentiments der Deutschen und Österreicher, sie waren selber bestimmt davon.

Anknüpfend an das tradierte antiserbische Ressentiment bekämpfte Deutschland auf dem Balkan seine eigene Vergangenheit und trat selbst wieder als kriegführende Macht in Aktion. In diesem Sinne findet eine sich geläutert gebende deutsche Kriegführung in der Konsequenz wieder zurück zu altbekannten Mustern. Deutlich wird dies anhand der Situation der Roma: Vor dem Krieg waren sie im Kosovo zwar diskriminiert und manchmal schikaniert, aber immer geduldet. Um ihr Leben müssen sie erst fürchten, seit mit Hilfe deutscher Tornados im Kosovo das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchgesetzt wurde. - beinahe alle vordem im Kosovo lebenden Roma, etwa 150.000, sind geflohen, viele wurden ermordet, das nach dem gelungenen Versuch das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes, nämlich dem der Kosovaren.

Der ideologische Gehalt des deutschen Angriffskriegs folgt so einer Rhetorik, die Deutschland an die Verbrechen rückbindet und zugleich davon abtrennt. Zum einen wird die Verantwortung aus den deutschen Verbrechen hergeleitet, zum anderen der Zusammenhang zwischen diesen Verbrechen und der eigenen antisemitischen und rassistischen Politik der Nachkriegsgeschichte negiert.

Auschwitz wurde im Verlauf der Diskussion um den Krieg gegen Jugoslawien als Metapher für Gewalt und Kriegsverbrechen beliebig einsetzbar und damit zur Verhandlungssache. Indem vom konkreten Ort des Verbrechens abstrahiert wird, verliert dieses auch den Bezug zu Deutschland. Der Antisemitismus wird mit der Verlagerung von Auschwitz an einen beliebigen Krisenherd genauso negiert, wie die deutsche Volksgemeinschaft unangetastet bleibt.

Die systematische Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Sinti und Roma und der Slawinnen und Slawen wird zur Vertreibung umdefiniert. Im analogiegeladenen deutschen Blick wird alles gleich: Milosevic ist Hitler, das Kosovo das Auschwitz von heute, die Kosovo-Albaner sind mal die Verfolgten des Nationalsozialismus und mal die Deutschen, Deutschland entspricht dann den Alliierten. Die Grenze zwischen Opfern und Tätern wird so verwischt und Auschwitz soll zum Verbrechen anderer werden.

Der Krieg und gerade die militärische Überwindung der deutschen Vergangenheit haben innen- und außenpolitisch einen starken Machtzuwachs Deutschlands bewirkt. Deutschland ist in seinem Bemühen, eine „normale“ selbstbewußte Nation zu sein, einen großen Schritt weiter. Die unzähligen Übergriffe auf jüdische Friedhöfe, das ungetrübte Feiern des 9. Novembers als Tag der nationalen Befreiung von der Geißel des Kommunismus und die fortgesetzten „ethnischen Säuberungen“ vor allem in Ostdeutschland sind Ausdruck der Normalität der Berliner Republik und das Resultat der Befreiung der Deutschen von Auschwitz.

Die Hauptversammlung August 1999

Bei der zweiten HV im August 1999 standen dann für uns die Berichte der Überlebenden im Mittelpunkt. Damit wollten wir zum einen unseren solidarischen Bezug auf die ehem. NS-Verfolgten ausdrücken, und zum anderen die Dimension der Verbrechen, die mit dem Kosovo-Krieg und den Entschädigungsverhandlungen erledigt werden sollte, benennen.

1999 kündigte auch die IG Farben i.A. einen der in dieser Zeit so in Mode gekommene Entschädigungsfonds an. Liquidator Volker Pollehn gab sich geschichtsbewusst: „Niemand - am allerwenigsten das Restvermögen von IG Farben - kann sich seiner historischen Verantwortung entziehen. Ob es uns gefällt oder nicht: IG Farben ist und bleibt das Negativsymbol schlechthin für die Zusammenarbeit der deutschen Industrie mit den Nationalsozialisten.“ Damit wurden auch die IG-Farben- Überlebenden Gegenstand der Versöhnungsbereitschaft der deutschen Industrie. Mit der scheinbaren Rückbindung an die Verbrechen der Deutschen, die zugleich eine weitere Entwürdigung der seit Jahrzehnten um Entschädigung kämpfenden Überlebenden zu Almosenempfänger/innen bedeutet, hat IG Farben die Zeichen der Zeit erkannt. Spätestens mit dem Postulat der sogenannten Berliner Republik und dem Regierungsantritt von Rotgrün wurde die jahrzehntelange aggressive Haltung gegenüber den Überlebenden scheinbar von einem Eingehen auf Entschädigungsforderungen abgelöst.

Mit dieser Stiftung wollte man sich nicht nur gegen 440 Klagen absichern, die gegen IG Farben i.A. zwischenzeitlich vor allem aus Osteuropa vorlagen; man wollte signalisieren, daß man die Geschichte von IG Farben zu bewältigen gedenkt. Die im Kosovo- Krieg erbombte Wiedergutwerdung Deutschlands und die vor der Welt vollzogene Reinwaschung durch die Stiftungsinitiative der sollte sich, so das Kalkül der Manager, auch positiv auf IG Farben auswirken: ein Neuanfang sollte her,

finanziert durch mehrere Mrd. DM, die von der Schweizer UBS- Bank gefälligst aus angeblichem Altvermögen zurückerstattet werden sollte.

In die IG Farben- Stiftung sollen drei Millionen Mark einfließen – genau die Summe, die IG Farben i.A. in den sechziger Jahren aus einem Entschädigungsfonds zurückforderte. Der nach zähem Kampf mit 30 Millionen Mark ausgestattete Fond zahlte in den fünfziger und sechziger 27 Millionen Mark – 1.500 bis 5.000 Mark pro Person – an jüdische ehemalige Zwangsarbeiter/innen. IG Farben i.A. verhinderte damals, daß die übriggebliebenen drei Millionen Mark an Hinterbliebene und Schwerstgeschädigte ausgezahlt wurden.

Darüber hinaus sollen aus der Stiftung lediglich die Zinsen, etwa 300.000 Mark im Jahr, ausgezahlt werden – an wen entscheiden die »Liquidatoren« von IG Farben i.A., die den Stiftungsvorstand bilden und von einem Aufsichtsrat kontrolliert werden sollen, der identisch mit dem IG Farben-Aufsichtsrat ist. In der Kontrolle dieser Stiftung läßt sich IG Farben von niemandem reinreden, schon gar nicht von den wenigen Überlebenden. Damit dieses auch jedem deutlich werden, ließen die Liquidatoren bei der HV im August 1999 Hans Frankenthal von schwarzuniformierten kahlrasierten Sicherheitskräften aus dem Saal werfen, Antifachist/inn/en, die ihn schützen wollten, wurden mit Gewalt abgedrängt und mit Anzeigen bedacht.

Auf einer Pressekonferenz letzten Donnerstag ließen die Liquidatoren nach einem Jahr Schweigen in Vorbereitung der kommenden HV mal wieder etwas über ihre Stiftung verlauten. „Ende dieses Jahres, spätestens Anfang 2001“ solle die Stiftung gegründet werden, „trotz beträchtlicher Schwierigkeiten“ seien mittlerweile die Vorbereitungen „weit gediehen“.

Antisemitismus ist deutsche Normalität

Die Feierlichkeiten zur deutschen Einheit am 3. Oktober boten den Rahmen für die Zerstörung von 103 Grabsteinen auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee und antisemitische Angriffe auf das Mahnmal auf der Putlitzbrücke in Moabit und die Brecht-Statue in Mitte. Gleich nach dem Bekanntwerden der Vorfälle setzte der in Deutschland zur Genüge bekannte Reflex ein, sofort zur Verharmlosung der Tat und zur Negierung der Dimension antisemitischer Gewalt überzugehen. Die Spekulation über die möglichen Urheber der Taten und deren Motivation, so geschehen in der Taz bis hin zum Berliner Innensenator, hatte keine andere Funktion als die Leugnung der ungebrochenen Kontinuität des Antisemitismus in Deutschland seit 45.

Allein der Blick auf die lange Reihe antisemitischer Angriffe in Berlin führt die damals immer wieder dargebrachten Thesen von Einzeltäterschaft und „blindem Vandalismus“ orientierungsloser Jugendlicher ad absurdum. Mitte September 1997 – Verwüstung des Jüdischen Friedhofs in der Schönhauser Allee, November 1997 – Zerstörung von Grabsteinen auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee, Sylvester 1997, Februar und Mai 1998 – Anschläge auf den Gedenkstein in der Großen Hamburger Straße, September und Dezember 1998 – Sprengstoffattentate auf das Grab von Heinz Galinsky, Oktober 1999 – Anschläge auf den Jüdischen Friedhof Weißensee, das Mahnmal an der Putlitzbrücke und das Brecht- Denkmal.

Ein Aufschrei der Empörung in der Öffentlichkeit blieb bis vor wenigen Wochen aus, antisemitische Angriffe sind Teil der „Normalität“ der Berliner Republik. Eine

„Normalität“, zu der die Attacken eines Martin Walsers auf das Gedenken an die Opfer deutscher Vernichtungspolitik ebenso gehören wie die Legitimation des ersten Kriegseinsatzes Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg mit Auschwitz. Die antisemitische Gewalt ist das Resultat dieser Befreiung der Deutschen von Auschwitz. Die Täter verstehen sich als die radikalen Vollstrecker des „Volkswillen“. Der „Volkswillen“ lehnt mit überwiegender Mehrheit den Bau des Holocaust- Mahnmals ab, rechtsnationalistische und neonazistische Politiker und Parteien machen mit dieser Stimmung Wahlkampf, das Fußvolk schreitet nachts zur Tat.

Der Drang nach „Normalisierung“ deutscher Verhältnisse äußert sich auf der tagespolitischen Ebene im arbeitsteiligen Vorgehen zwischen bürgerlich-parlamentarischer und außerparlamentarischer Volksbewegung. In schweigendem Einvernehmen verfolgen sie ein gemeinsames Projekt. Offener Antisemitismus bildet nach der vollständigen Integration rassistischer Argumentationen in den demokratischen Konsens die letzte erfolgversprechende Aussicht faschistischer Parteien: „National aus sozialer Verantwortung“ skandiert in frappierender Deutlichkeit die NPD, nicht zufällig spitzen diese Parteien ihren Wahlkampf auf das Holocaust- Mahnmal zu. Die NPD plakatiert „Soziale Sicherheit statt teure Denkmäler“, der „Bund freier Bürger“ „Holocaust- Denkmal? Nicht mit mir!“ und „Deutsche wollt ihr ewig zahlen?“. Damit wird das antisemitische Klischee mobilisiert, welches Deutschland in den Fängen des Raffgierigen wähnt.

Die vom BFB veranstalteten Kundgebungen unter dem Motto „Neue Wache statt Holocaust- Mahnmal“ bilden zwar einen aktuellen Ausgangspunkt antisemitischer Mobilisierung – sie vollziehen im kleinen Rahmen aber nur nach, was seitens der offiziellen Politik längst vorgegeben wurde. Der etwas andere „Bürgerbund“ von Diepgen, Schröder, Naumann und Konsorten betonte in stiller Übereinkunft mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung seit Jahren seinen Widerstand zur Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden. Ihre Intention, eine unübersehbare Mahnung an deutsche Verbrechen zu verhindern, unterscheidet sich nur in der Form von der Zerstörung jüdischer Friedhöfe, die an vergangenes jüdisches Leben in Deutschland erinnern.

Mit den Verhandlungen um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter fand gleichzeitig zu der eben beschriebenen Entwicklung eine weitere Demütigung der Opfer Nazi- Deutschlands statt. Zeitgleich mit dem Überfall auf den jüdischen Friedhof in Berlin exekutierte der notorische Täterschützer Lamsdorff in Washington den von Schröder angekündigten Schutz der deutschen Wirtschaft vor „überzogenen Forderungen“ der Überlebenden. Das Anfang Oktober 1999 präsentierte „Angebot“ von 6 Mrd. DM stellte – nicht nur in Kombination mit der Forderung nach „Rechtssicherheit“ für deutsche Unternehmen – eine unerträgliche Verhöhnung der Opfer dar.

In offen antisemitischer Rhetorik benannte Spiegel- Herausgeber Rudolf Augstein die Forderung nach Entschädigung aus seiner Sicht: Die deutschen Unternehmen seien Opfer „überzogener Forderungen“ von „Haifischen im Anwaltsgewand“. Trotz des wachsenden Drucks seitens der Opfervereinigungen und trotz einzelner Boykottaufrufe gegen die deutsche Wirtschaft brachte Stiftungssprecher Wolfgang Gibowski das neue Selbstbewußtsein der Deutschen ungeniert zum Ausdruck: „Es

handelt sich um ein freiwilliges Angebot der Industrie, wir sind nicht verpflichtet, das zu tun.“ Und weiter: „Wer dies nicht akzeptiert, nimmt das Scheitern der Verhandlungen in Kauf.“

Von den Opfern der Zwangsarbeit war und ist in Deutschland keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die Verhandlungen zogen sich hin und der Beginn der Auszahlungen ist noch immer nicht abzusehen, und das zeigt, daß weiter auf die „biologische Lösung“ gesetzt wird. Die wenigen befreiten Zwangsarbeiter/innen warten seit über 50 Jahren auf eine angemessene Entschädigung. In Polen leben noch 5 Prozent von ihnen. Jährlich stirbt ein Zehntel der noch lebenden Opfer.

Die Beteiligung der deutschen Seite an den Verhandlungen hatte nie ein anderes Ziel als die vollständige Rehabilitation Deutschlands im internationalen Rahmen. Gerade im unaufhörlich wiederholten Begehren nach „Normalität“ ist die Vergangenheit stets enthalten. Schröder sprach nicht zufällig vom „Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation“ während der Bombardierung Belgrads 1999 – dem dritten Angriffskrieg Deutschlands gegen Jugoslawien in diesem Jahrhundert. Die militärische Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit war nur über die Relativierung von Auschwitz durch Fischer und Scharping zu haben. Jedes Gerede über die „Normalisierung“ Deutschlands führt zwangsläufig zurück zu den bekannten Stätten des Terrors. Entgegen dem Mythos der 68er, Deutschland gründlich zivilisiert zu haben, bleibt deutsches Selbstbewußtsein zwangsläufig verbunden mit der Mobilisierung antisemitischer Ressentiments.

Und aktuell?

Für die diesjährige Protestaktion haben wir das Motto „Keine Versöhnung mit Nazi-Verbrechern!“ gewählt, denn „die bloße Existenz dieser Abwicklungsgesellschaft ist ein gesellschaftliches Ausdruck der Verleugnung der Nazi-Verbrechen und der Versöhnung mit den Tätern“, so der Aufruf.

Der Name IG Farben steht wie kein anderer für die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Vernichtung, Ausbeutung und Krieg. Auch in den Medien wird IG Farben relativ eindeutig als „Täter“ benannt. Ganz anders hingegen wird die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft präsentiert, die geringen Zahlungen der wenigen Unternehmen sind von den Verbrechen völlig abgekoppelt. Die Unternehmen gerieren sich als Wohltäter, die sich verweigernden Firmen werden nur aufgrund ihres Pflichtversäumnisses im Dienst am Standort Deutschland angemahnt. Noch ist ja keineswegs klar, wann und wie Zahlungen aus dieser Stiftung geleistet werden. Zahlreiche Überlebende sind nach wie vor ausgeschlossen oder werden, wenn überhaupt, nur mit geringsten Summen rechnen können. Gleichzeitig sind mit der Einrichtung der Stiftung alle Forderungen gegen den Staat und die Wirtschaft ein für allemal geregelt worden. Die USA mußten im statement of interest zusagen, nie wieder Ansprüche gegen Deutschland zu erheben oder zu unterstützen. Das bedeutet, daß Überlebende, die nun gar nicht oder mit lächerlichen Beträgen abgespeist werden, keine Chancen haben werden überhaupt noch Forderungen zu erheben. Außerdem wurden ganze Bereiche deutscher Verbrechen einfach mit abgehandelt, ohne daß es dazu irgendeine öffentliche Auseinandersetzung gegeben hätte, z.B. der zehntausendfache Mord an Kindern von Zwangsarbeiterinnen, die medizinischen Experimente, Raub in den besetzten Gebieten u.a.

In den letzten Tagen hatte von der deutschen Seite betriebene Auseinandersetzung um die Rechtssicherheit wieder begonnen. Das amerikanische Gericht, das für die Zusammenführung aller Sammelklagen zuständig ist, lehnte es ab, die Klagen gegen deutsche Banken und Versicherungen zusammen mit denen wegen Zwangsarbeit aufgrund der deutschen Stiftung abzuweisen. Damit ist die erhoffte Rechtssicherheit für Banken und Versicherungen, die zu den bedeutendsten Einzahlern in die Stiftung gehören, zunächst hinfällig. Die Deutsche Bank machte bereits den Deutschen Bundestag, der für die Feststellung der Rechtssicherheit zuständig ist, auf diese Situation aufmerksam. Die Vertreter der Stiftungsinitiative hatten in den letzten Monaten klargestellt, daß ihr Beitrag erst dann zur Verfügung steht, wenn auch noch die letzte Sammelklage in den USA abgewiesen ist. Damit ist nach der derzeitigen Lage in den nächsten Monaten nicht zu rechnen. Ohnehin hatte die deutsche Seite in den Verhandlungen ihre Ansprüche, was die Rechtssicherheit angeht, mehrfach nach oben geschraubt und dieses Thema zu Sollbruchstelle erklärt. Nur das fast vollständige Eingehen der USA auf den deutschen Standpunkt ein das Platzen des gesamten Projekts bislang verhindert.

Wie auch immer die Entwicklung weitergeht, es ist zu erwarten, daß mit dem Verweis auf diese „abschließende Regelung“ in Zukunft jede Auseinandersetzung um Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus, um die Gestaltung der Gedenkstätten u.a. abgebügelt wird. Der Schlußstrich ist gezogen. Passend zu dieser Situation wird nun auch in Deutschland die Finkelstein-Debatte geführt. Das Buch des Antizionisten und harschen Goldhagen-Gegners The Holocaust Industry war bei seinem Erscheinen in den USA von den dortigen Medien ignoriert worden, die den Autoren und seine Thesen bereits einzuordnen wußten. In Großbritannien dagegen wurde in den letzten Wochen eine intensive Diskussion geführt, in der Finkelstein wie auch seine Kritiker wie z.B. Elie Wiesel ausführlich zu Wort kamen. In Deutschland kommt die Diskussion gerade recht. Bereits vor Monaten hatte die Berliner Zeitung die Angriffe Finkelsteins bereitwillig abgedruckt, die Jewish Claims Conference würde mit gefälschten Zahlen hantieren und die Geld würden gar nicht jüdischen Überlebende zugute kommen. Damals mußte die Zeitung noch kleinlaut die Position von Dr. Karl Brozik, dem Vertreter der JCC in Deutschland, veröffentlichen. Mittlerweile sind solche Rücksichtnahmen nicht mehr nötig. Die Tagesthemen bringen einen ausführlichen Beitrag, das Feuilleton debattiert. Die Süddeutsche Zeitung stellt Finkelstein eine ganze Seite zur Verfügung, einem Tag nach einer ebenfalls ganzseitigen Sozialreportage aus dem Wohnzimmer des Sohnes von Rudolf Hess. Finkelsteins Text ist mit der redaktionellen Anmerkung versehen, daß man ja gegen Beifall von der falschen Seite nichts machen könnte, die Diskussion aber so wichtig sei. Finkelsteins These: Eine Holocaust-Industrie in den USA und Israel, vertreten u.a. durch ihren Chefdiplomaten Stuart Eizenstat, Verhandlungsführer der USA bei den Entschädigungsverhandlungen, ziehe Profit aus den Leiden der jüdischen Opfer. Damit bestätigt er das, was die Deutschen mal mehr, mal weniger deutlich die ganze Zeit sagen: man fühle sich von den Juden erpreßt, sei durch den übermächtigen Druck zu Zugeständnissen gezwungen worden. Doch eines ist mittlerweile klar: die Juden, so rät man besorgt, sollten es besser nicht zu weit treiben. Auch Finkelstein bestätigt: mit ihrer Holocaust-Industrie schüren die Juden den Antisemitismus. Und dessen Folgen, das mußten die Deutschen in diesem Jahrhundert leidvoll ertragen, kann man nicht kontrollieren.

Die öffentliche Diskussion um den sogenannten Rechtsextremismus in den letzten Wochen, insbesondere nach dem Bombenanschlag von Düsseldorf, steht nicht im Widerspruch zum vollzogenen Schlußstrich. Der fast vollkommenen Negierung der Existenz von Nazis folgt nun ein seltsames Interesse. Seit 1989 wurden weit mehr als 100 Menschen aus rassistischen, antisemitischen und politischen Gründen ermordet. Auch Bombenanschläge hat es mehrfach gegeben. Der „staatliche Antifaschismus“ der rot-grünen Regierung, der schon in der Rechtfertigung des Kosovo- Krieges zum Tragen kam, hat nun ein neues Feindbild im Inneren erkannt, gegen das mit allen Mitteln des sog. demokratischen Rechtsstaates vorgegangen werden soll. Die Maßnahmen unterscheiden sich dabei nicht von den Vorschlägen, die auch bei anderen Bedrohungslagen (organisierte Kriminalität, Schleuserbanden, usw.), wenn das deutsche Ansehen in der Welt und die Demokratie verteidigt werden müssen, schnell auf die Tagesordnung gesetzt werden: Verbote, Videoüberwachung, Datensammlungen, Gesetzesverschärfungen usw. Die rot-grüne Regierung ist offensichtlich nicht bereit, sich die Erfolge, die durch die Abwicklung der deutschen Geschichte in den letzten Jahren erreicht wurden, von den unkontrollierten Aktivitäten derer madig machen zu lassen, die im Ausland das Bild vom hässlichen Deutschen wieder virulent werden lassen – was in Zeiten der „Globalisierung“ als Standortnachteil begriffen wird.

Die Analysen, die von antirassistischen Initiativen seit Jahren erarbeitet werden, ihre Kritik am staatlichen Umgang mit den Rechten in Form von „akzeptierender Sozialarbeit“ werden nun von Regierung und Medien eifrig aufgenommen. Antifa-Aktionen wie das Grenzcamp werden in ungeahnter Weise auf von Medien und Staat hofiert. Wie in allen Debatten seit dem Antritt der rot-grünen Regierung geht es auch jetzt wieder um die Integration der kompatiblen Teile der deutschen Linke in ein gemeinsames deutsches Projekt. Was schon in der Entschädigungsdebatte und im Kosovo-Krieg weitgehend geklappt hat, soll nun auch im Kampf gegen rechts funktionieren. Der Preis, der für die Aufnahme ins Kollektiv besorgter Bürger/innen gezahlt werden muß, ist natürlich die Aufgabe der grundsätzlichen Kritik an deutscher Normalität, die sich nicht nur im Verhalten des Fußvolks, sondern im staatlichen Mord durch Anschlag, Grenzregime und Angriffskriege manifestiert